

Leitantrag

der Landesdelegiertenversammlung des BUND Sachsen e. V. vom 28. März 2015:

Keine transatlantischen Freihandelsabkommen auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Verbraucherschutz

Der BUND Sachsen e.V. verurteilt die Intransparenz der laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) und das transatlantische Dienstleistungsabkommen (TiSA) angesichts der weitreichenden Auswirkungen, die das Abkommen für die Bürger*innen auf beiden Seiten des Atlantiks voraussichtlich haben wird. Nach der bisherigen Kenntnislage sind erhebliche negative Folgen für den Umwelt- und Verbraucherschutz sowie die demokratischen Prozesse beiderseits des Atlantiks zu erwarten, beispielsweise beim Vorsorgeprinzip. Das inzwischen fast unterschriftsreife Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) bestätigt diese Befürchtungen. Die Abkommen drohen die Souveränität der nationalen Parlamente auszuhöhlen, Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt beiderseits des Atlantiks zu schwächen und Unternehmen übermäßige Rechte und mehr Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse zu verschaffen.

Der BUND Sachsen fordert deshalb:

1. Keine Privilegien für Wirtschaftslobbys;
2. Umwelt- und Verbraucherschutz nicht verwässern, sondern stärken;
3. Demokratische Prozesse über die Profitinteressen von Unternehmen stellen – Unternehmensklagemöglichkeiten vor Schiedsgerichten und regulatorische Kooperation zum Zwecke der Verhinderung anspruchsvoller Umweltstandards ablehnen;
4. Keine Handelserleichterungen für klimaschädliche Brennstoffe;
5. Hohe öko-soziale Standards, mehr Transparenz und Unternehmensverantwortung im Welthandel im Sinne einer endlich ernsthaft politisch flankierten wirtschaftlichen Globalisierung.

Der BUND Sachsen fordert die sächsischen Abgeordneten im EU-Parlament auf, bei einer Abstimmung über die Abkommen TTIP und TiSA gegen diese Abkommen zu stimmen und sich bereits im Vorfeld dafür stark zu machen, dass die weiteren Verhandlungen über die Abkommen transparent gestaltet werden.

Der BUND Sachsen fordert die sächsischen EU-Parlamentarier*innen weiter auf, sich in ihrer Arbeit nicht nur für die Beibehaltung von Umwelt- und Verbraucherstandards beiderseits des Atlantiks, sondern für die Ansetzung höchstmöglicher Standards insbesondere im Umwelt- und Verbrauchersektor einzusetzen.

Der BUND Sachsen bittet die Parlamentarier*innen im sächsischen Landtag bei ihrer Arbeit in parteiinternen Gremien, ihre Parteikollegen und -kolleginnen davon zu überzeugen, Standards und Verbraucherinteressen nicht den Versprechungen eines möglichen Wirtschaftswachstums zu opfern, sondern sich für ein zukunftsweisendes nachhaltiges Wirtschaften einzusetzen.

Der BUND Sachsen fordert die Landesregierung ferner auf, sich bei einer möglichen Beteiligung der EU-Staaten an der Verabschiedung der Abkommen TTIP und TiSA in der gegenwärtigen Form im Bundesrat gegen die Annahme der beiden Abkommen auszusprechen.

Begründung

Das Dogma einer Wirtschaft, die immer weiter wachsen muss, ist angesichts der drastischen Folgen von industriellem Wachstum seit dem 19. Jahrhundert und der natürlichen Begrenztheit der Ressourcen überholt. Der BUND Sachsen lehnt deshalb Freihandelsabkommen, die dazu dienen, ein weiteres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, indem Standards zum Schutz von Umwelt, Natur und Verbrauchern aber auch von Industrie und Kultur ausgehöhlt werden, ab. Nach den vorliegenden Erkenntnissen ist damit zu rechnen, dass die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA genau dazu führen werden.

Die auf transnationaler Ebene geschlossenen Abkommen hätten damit auch weitreichende Folgen für den Freistaat Sachsen in der Landwirtschaft, für die Wirtschaft und Kultur, in der Ernährung, der Energiewirtschaft und im Umweltschutz:

- Während sich die sächsische Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag für Gentechnikfreiheit ausspricht, würde TTIP hier Tür und Tor öffnen.
- In der Tierhaltung würden die Standards für Nutztierhaltung noch weiter gesenkt. Zurzeit verbotene Hormone und Medikamente könnten zum Einsatz kommen.
- Lebensmittel könnten auf den Markt kommen, deren Belastung mit Chemikalien und Medikamenten über den derzeitigen Grenzwerten liegt.
- Chemikalien könnten neu zugelassen werden, ohne dass deren Unbedenklichkeit für Gesundheit und Umwelt belegt ist.
- Fracking wie auch der Abbau von Teersanden mit deren bekannten wie noch unbekanntem Folgen würde ermöglicht werden.
- Abbau von Industriestandards kann sich sowohl für Verbraucher wie auch Wirtschaftsunternehmen negativ auswirken.
- Die kulturelle Vielfalt ist bedroht.
- Der Idee der Regionalisierung tritt der Idee der Internationalisierung gegenüber mit dem möglichen Verlust von regionalen Angeboten und Unternehmen.
- Natur und Umwelt ist vielfach gefährdet durch den Abbau von Industrie-, Agrar- und Lebensmittelstandards.

Der BUND Sachsen spricht sich nicht gegen Handelsabkommen aus, die in einer globalisierten Wirtschaftswelt unverzichtbar sind. Ganz im Gegenteil befürwortet der BUND Sachsen Handelsabkommen, die transparent ausgehandelt werden und die Beibehaltung, wenn nicht gar Verbesserung von Umwelt- und Verbraucherstandards beinhalten und damit ein weltweites nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen, um unseren Nachkommen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Mehr noch tritt der BUND Sachsen generell für hochstufige, also europäische und globale Vorgaben zum Umweltschutz im Allgemeinen ein, um endlich die bisher vor allem wirtschaftlich betriebene Globalisierung politisch zu flankieren.